# Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

**Bezugspreis:** Durch die Post in Deutschland monatlich M. 4600 u. Bestellgeb.; ins Ausland M. 8600 mit Porto. Das Leipziger Tageblatt ersch. tägl. morgens, außer Montags. Nummern, die infolge höherer Gewalt nicht erscheinen, werden nicht ersetzt. — Schriftleitung, Geschäftsstelle und Druckerei: Leipzig, Johannisgasse 8 (Fernsprecher 17090—17092); ebenda und in allen Filialen Anzeigen- und Abonnement-Annahme; auch nimmt jedes Postamt Bestellungen an.

**Anzeigenpreis:** für die Gesamt- (Stadt- u. Post-)Auflage: die einsp. 34 mm br. mm-Zeile M. 150.—, für ausw. Inser. M. 270.—. Sonderpreise: Familienanz. u. Priv. die mm-Zeile M. 30.—, Gelegenheitsanz. (priv. Kauf) u. Stellenangeb., die mm-Zeile M. 75.—, Stellengef. die mm-Zeile M. 60.—, amtl. Bekanntm. Doppel-mm-Zeile M. 300.—, Ausw. M. 540.—. Reklame 72 mm br., die mm-Zeile M. 750.—, Ausw. M. 1200.— Auslandsanz. m. Valutazuschl. Bei Wiederhol. Nachlaß. Platz- u. Datenvorsch. unverbindlich. Erfüllungsort Leipzig. Postscheckk. Leipzig 3004. Druck u. Verl. Leipz. Verlag der G m b H Leipzig.

Das Leipziger Tageblatt enthält amtliche Bekanntmachungen des Rates der Stadt Leipzig, des Polizeipräsidiums Leipzig, des Amtsgerichts Leipzig, sowie verschiedener anderer Behörden.

Nr. 86 | Einzelnummer 200 Mark | Donnerstag, den 12. April 1923 | Fern-Ausgabe | 117. Jahrg.


## Zeigners Programm

**K. Sch.** Leipzig, 11. April.

Das parlamentarische System begegnet nirgends größeren Schwierigkeiten als in Sachsen. Wie die letzten Landtagswahlen von neuem gezeigt haben, verteilt sich die sächsische Bevölkerung auf die Parteien derart, daß sich ungefähr die Hälfte zum Sozialismus oder zum Kommunismus bekennt, während die andere Hälfte den nicht sozialistischen Parteien zufällt. Ein solches Verhältnis wäre für die Durchführung des parlamentarischen Systems geradezu ideal, wenn die beiden Hälften in sich geschlossene regierungsfähige Gruppen darstellten, die, wie es bisher in England und Amerika geschah, einander in der Führung der Regierungsgeschäfte ablösen. Aber leider trifft in Sachsen das Gegenteil zu: Auf beiden Seiten stehen Flügelparteien, die grundsätzliche Gegner der Verfassung sind, also für die Regierungsbildung nicht in Betracht kommen. Diese Verfassungsgegner rechts und links bilden zusammen zwar eine Minderheit und die verfassungstreue Mitte würde, wenn sie sich zusammenfände, eine tragfähige Grundlage für eine Regierung abgeben, aber — die eine Seite, die sozialdemokratische Partei, hat sich seit Ende 1920 bisher nicht zu dem Versuch einer Zusammenarbeit mit der anderen Seite, den Demokraten und der Volkspartei, entschließen können, weil sie fürchtet, dadurch Anhänger an die Kommunisten zu verlieren. Diese Furcht, eine politische Realität, mit der man rechnen muß, macht zurzeit in Sachsen die Bildung einer dem Geiste der Verfassung entsprechenden Regierung unmöglich. Man mag das beklagen, aber man kann es nicht ändern.

Unter diesen Umständen fand die stärkste, also zur Regierungsbildung an erster Stelle berufene Fraktion des Landtages, die sozialdemokratische, keinen anderen Ausweg, als ein Kompromiß mit ihren grundsätzlichen Gegnern, den Kommunisten, denselben, die soeben eine sozialdemokratische Regierung gestürzt hatten. Die Grundlage dieses Kompromisses bilden Richtlinien, die sich hart auf der Grenze zwischen dem in einer demokratischen Republik Erträglichen und der Diktatur des Proletariats bewegen. Der Sozialdemokrat Dr. Zeigner, der diese Richtlinien angenommen hat und daraufhin mit Unterstützung der Kommunisten am 21. März zum Ministerpräsidenten gewählt worden ist, stand vor der ebenso schwierigen wie interessanten Aufgabe, ein Regierungsprogramm aufzustellen, das die Vorkämpfer der proletarischen Diktatur befriedigt, ohne sich in Widerspruch zu der demokratischen Verfassung zu setzen.

Wie weit ihm jenes gelungen ist, wird man morgen in der Aussprache über die Regierungserklärung im Landtage erfahren; die Klippen der Verfassungswidrigkeit hat er jedenfalls geschickt umschifft, ja er hat es sogar fertig gebracht, dasjenige Zugeständnis an die Kommunisten, das vielen als das bedenklichste erschien, die Bildung von Arbeiterabwehrverbänden, in eine solche Form zu kleiden, daß es geradezu als ein Mittel zum Schutze der Republik erscheint. Daß die Republik bedroht ist, wird man nicht bestreiten können, solange ein Hitler unter den Augen der bayrischen Regierung bewaffnete Banden einexerziert und eine Organisation C Stützen der Republik ermorden läßt. Solange diese Lage besteht, sagt nun Dr. Zeigner, kann die sächsische Regierung es den Arbeiterparteien nicht verbieten, nein, sie muß es begrüßen, wenn sich die Arbeiter „den Organen der Republik zur Verfügung stellen", um „im Bedarfsfalle", „unter der Leitung staatlicher Polizei", mit ihrem Leben alle gewalttätigen und ungesetzlichen Angriffe gegen die Republik abzuwehren. Kein Mitglied des Ordnungsdienstes darf sich an einer provokatorischen Handlung beteiligen oder sich Exekutivbefugnisse beimessen, die „kein Staat einer privaten Organisation überlassen könnte." Endlich soll der Ordnungsdienst „nicht bewaffnet" sein und er soll „gegenstandslos" werden, sobald das Reich die reaktionären Angriffsorganisationen mit aller Energie zerschlägt. Das sieht freilich nicht aus wie eine Keimzelle zur roten Armee, und die Kommunisten haben sich die Arbeiterbataillone, die sie forderten, wohl ganz anders gedacht. Aber der Wortlaut der Richtlinien ist erfüllt.

In ähnlicher Weise hat Dr. Zeigner auch bei den übrigen Forderungen der Kommunisten die Spitzen und Widerhaken abgeschliffen, bevor er sie in sein Regierungsprogramm aufnahm, so daß sich, vom Standpunkt der Verfassung aus, grundsätzlich kaum etwas gegen sein Programm einwenden ließe, — wenn Dr. Zeigner nicht in einem Punkte auf ein Gebiet übergegriffen hätte, das durch die Reichsverfassung der Zuständigkeit der Länder entzogen ist. Den Abstecher in die auswärtige Politik des Reiches hätte er unterlassen sollen. Der war unnötig, denn was Dr. Zeigner da der Reichsregierung an Ratschlägen zu geben hatte, war keine neue Weisheit, war auch nicht Sondergut seiner Partei. Er widerspricht dem Geiste der Reichsverfassung, die im Artikel 78 ausdrücklich bestimmt: „Die Pflege der Beziehungen zu den auswärtigen Staaten ist ausschließlich Sache des Reiches." Und er ist politisch bedenklich, weil er im Auslande den Eindruck hervorrufen kann, als ob zwischen der Reichs- und den Landesregierungen über die gegen Frankreichs Ruhreinbruch zu verfolgende Politik Meinungsverschiedenheiten beständen.

Im übrigen stellt Dr. Zeigners Programm den Versuch dar, im Rahmen der demokratischen Republik den Kommunisten so weit entgegenzukommen, daß diese glauben, durch Unterstützung der Regierung ihren eigenen, weit abseits liegenden Zielen sich zu nähern. Bisher hat die Sozialdemokratie mit Zugeständnissen an die Kommunisten stets üble Erfahrungen gemacht, und noch kürzlich hat der sozialdemokratische Parteivorstand seine Parteimitglieder eindringlich vor einem Zusammengehen mit den Kommunisten gewarnt. In Sachsen selbst ist schon ein heftiger Zeitungsstreit zwischen beiden Lagern darüber ausgebrochen, ob die geplanten Abwehrorganisationen für beide Parteien gemeinsam sein sollen oder nicht, und die sozialdemokratische Presse zeigt deutlich das Bestreben, ihre Anhänger von der Berührung mit Kommunisten fernzuhalten. Man befürchtet davon offenbar eine Verbreitung bolschewistischer Anschauungen in der Arbeiterschaft. Dr. Zeigner scheint im Gegenteil zu hoffen, daß es ihm gelingen werde, die Kommunisten mit der demokratischen Republik auszusöhnen. Wer von beiden recht hat, wird sich bald zeigen, wenn das Kabinett Zeigner darangeht, sein Programm in Taten umzusetzen, wenn es dem Landtage die angekündigten Gesetzentwürfe vorlegt und in der Verwaltungspraxis die aufgestellten Grundsätze verwirklicht. Man darf dem neuen Ministerpräsidenten glauben, daß er nicht gesonnen ist, eine Diktatur des Proletariats aufzurichten oder Sachsen zur „Keimzelle" einer Sowjetrepublik Deutschland zu machen. Ob sich aber die Kommunisten auf die Dauer bereit finden werden, eine verfassungstreue Regierung zu unterstützen, ist eine andere Frage. Und wenn sie ihm die Gefolgschaft aufkündigen, stehen wir in Sachsen wieder dort, wo wir Ende 1920 standen. Je öfter sich dieses vergebliche Suchen nach einer dauerhaften, vom Vertrauen der Mehrheit getragenen Regierung wiederholt, um so mehr breitet sich der Zweifel aus, ob der Aufwand für einen Landtag und für eine Landesregierung überhaupt im rechten Verhältnis zu dem Nutzen steht, den sie stiften.

## Eine Niederlage Bonar Laws im Unterhaus

**London**, 11. April.

Gestern hat die Regierung im Unterhause auf Grund einer sorgfältig von der Opposition vorbereiteten Abstimmung eine Niederlage erlitten. Während die Einpeitscher der Regierung den Unionisten, soweit diese sich während der Abendstunden aus dem Unterhause entfernt hatten, den Auftrag erteilt hatten, sich bis um 10 Uhr zu einer Abstimmung im Unterhause bereit zu halten, wurde die Aussprache über die ungünstige Entlohnung ehemaliger Kriegsteilnehmer, die im Regierungsdienste angestellt worden waren, kurz vor ¾10 Uhr geschlossen und eine der Regierung ungünstige Abstimmung herbeigeführt. Mit 145 gegen 138 Stimmen beschloß das Unterhaus, nicht in die Kommissionsberatung der Budgetabschnitte einzutreten.

Bei Bekanntwerden der Niederlage der Regierung kam es zu äußerst erregten Szenen. Als die Zahlen der Abstimmung bekanntgegeben waren, erhoben sich die Mitglieder der Opposition und brachen in langanhaltende Beifallsrufe aus. Mehrere Mitglieder winkten mit Taschentüchern, warfen Schriftstücke in die Luft und schrien: „Zurücktreten! Macht eure Wahlaufrufe fertig!" Die Beifallsszenen dauerten mehrere Minuten. Hierauf fragte Macdonald, was die Regierung zu tun beabsichtige, und schlug vor, sie möchte die Vertagung des Hauses beantragen. Namens der Regierung beantragte Chamberlain die Vertagung auf Mittwoch. Das Haus gab dem Antrage statt unter ironischen Beifallsrufen der Opposition.

# Amerikanische Finanzkommission in Berlin

Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung

**Berlin**, 11. April.

In Berlin wird heute eine amerikanische Kommission erwartet, die von der Internationalen Handelskonferenz in Rom nach Deutschland entsandt worden ist. Die elf Herren treffen heute abend 6 Uhr, von Warschau kommend, in Berlin ein und werden sich drei oder vier Tage lang in Berlin aufhalten. Sie werden hier Gelegenheit haben, mit den leitenden Persönlichkeiten der deutschen Hochfinanz und der Industrie, sowie auch mit der Reichsregierung Fühlung zu nehmen. Vor allen Dingen wollen sie sich über die derzeitige wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands informieren. Es scheint aber auch, daß ihre hiesigen Besprechungen den Zweck haben, einen Einblick in die Reparationspläne der deutschen Regierung zu gewinnen. Wie wir aus amerikanischen Kreisen erfahren, will der Präsident der Internationalen Handelskammer Booth auch eine Besprechung mit dem englischen Botschafter in Berlin Lord D'Abernon haben.

*

Bereits Ende März war die Reise einer amerikanischen Finanzkommission nach Berlin im Zusammenhang mit den neuen Reparationsvorschlägen angekündigt worden, die die amerikanische Delegation am 23. März dem Internationalen Handelskammerkongreß in Rom unterbreitet hat. Der Plan der amerikanischen Kaufleute, Industriellen und Bankiers sieht eine deutsche Zahlung von 26 Milliarden Goldmark an Frankreich vor, vorausgesetzt, daß sich dieses fortan in der Reparationsfrage aufrichtig desinteressiert zeigt. Amerika würde sich dann an Stelle Frankreichs in das deutsche Schuldbuch eintragen, um so das französisch-deutsche Verhältnis zu bessern und zu verhindern, daß die Ruhe in Europa durch das schwebende Reparationsproblem weiter gestört sei.

## Drei Monate Ruhrbesetzung

Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung

**Berlin**, 11. April.

Am heutigen 11. April sind es drei Monate, daß die Franzosen mit dem Einmarsch in Essen die Ruhraktion begonnen haben. Das Ergebnis ist in großen Zügen bekannt: es ist durchaus negativ, insoweit die bekanntgegebenen französischen Pläne — die Erlangung produktiver Pfänder und die Einziehung von Reparationsforderungen — in Frage kommen. Aber es scheint angebracht, zu diesem Zeitpunkt zahlenmäßig das Ergebnis zu seinen wesentlichsten Teilen festzustellen.

Belgien, Frankreich und Luxemburg haben von Beginn des Ruhreinbruches bis Ende März insgesamt nur 238 000 Tonnen Kohlen und Koks (Koks auf Kohle umgerechnet) mit den Mitteln der Gewalt sich verschaffen können, während sie in der gleichen Zeit nach dem bisherigen Verlaufe der Reparationslieferungen 4,2 Mill. Tonnen erhalten haben würden. Auf deutscher Seite steht diesem Verlust vor allen Dingen eine Einbuße an Menschenleben in den drei Monaten von insgesamt 49 Toten gegenüber. Wieviel Tausend Ausweisungen und wieviel Jahrhunderte Zuchthaus und Gefängnis, wieviele Milliarden Papiermark an gestohlenen und geraubten Geldern, an erpreßten Kontributionen und Geldstrafen zu dieser tragischen Zahl hinzutreten, läßt sich angesichts der Unterdrückung eines zuverlässigen Nachrichtendienstes durch die Franzosen nicht zuverlässig feststellen.

## Vor einer programmatischen Rede Poincarés

Eigener Drahtbericht des Leipziger Tageblattes

**Paris**, 11. April.

Wie das Echo de Paris mitteilt, wird Poincaré am Sonntag in Begleitung des Marineministers Raiberti nach Dünkirchen begeben, um der Einweihung eines Denkmals für die Gefallenen Dünkirchens beizuwohnen. Bei dieser Gelegenheit beabsichtigt er, wie das Blatt wissen will, die öffentliche Meinung über die Absichten Frankreichs Deutschland gegenüber in feierlicher Weise aufzuklären. Da Poincaré erst kürzlich eingehend mit dem belgischen Ministerpräsidenten und dem belgischen Minister des Aeußeren verhandelt hat, wird seine Erklärung eine besondere Bedeutung erhalten namentlich im Hinblick auf die Londoner Reise Loucheurs. Das Blatt gibt dann Aeußerungen einer angeblich urteilsfähigen und außergewöhnlich wohlunterrichteten Persönlichkeit wieder, die erklärt haben soll, es sei wahrscheinlich, daß Loucheur den Feierlichkeiten von Dünkirchen als Abgeordneter des Nordens beiwohnen wird. Loucheur habe im übrigen bereits am Sonnabend abend dem belgischen Gesandten in Paris ausführliche Erläuterungen gegeben über die Rede, die Poincaré in Dünkirchen halten wird, und habe dabei betont, daß Poincaré energischer denn je die französische Politik vertreten werde. Diejenigen, die glaubten, daß Poincaré eine Krise durchmache, gäben sich einer schweren Täuschung hin.

## Eine Eisenbahnbrücke gesprengt

Eigener Drahtbericht des Leipziger Tageblattes

**Essen**, 11. April.

Heute morgen gegen 3 Uhr wurde die Brücke am Hohen Platz in Buer, über die die militarisierte Eisenbahnlinie nach Recklinghausen führt, gesprengt. Sie ist zwar nicht völlig zerstört, jedoch wurde sehr großer Schaden angerichtet, der in seinem ganzen Umfange sich nicht feststellen läßt, weil die Franzosen das Brückengelände streng abgesperrt haben. Die Franzosen erklären, daß für der Stadt Buer eine Geldbuße von 50 Millionen Mark auferlegen werden. Ferner wurde die Straßensperre von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens wieder eingeführt.

Erst vor drei Tagen wurde eine Brücke des Rhein-Herne-Kanals gesprengt. Dieserhalb erklärte der französische Kommandierende in Buer, die schärfsten Maßnahmen gegenüber „deutschen Sabotageakten" anwenden zu wollen.

## Staatssekretär Hamm wieder freigelassen

Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung

**Berlin**, 11. April.

Der Staatssekretär in der Reichskanzlei Hamm, der gestern vormittag auf der Fahrt zu der Essener Beisetzungsfeier von den Franzosen verhaftet worden war, ist gestern abend wieder freigelassen worden und ist heute vormittag wieder in Berlin eingetroffen.

Ueber die Festhaltung des Staatssekretärs erfahren wir folgende Einzelheiten: Staatssekretär Hamm wurde am Montag abend in Scharnhorst aus dem Zuge herausgeholt, in dem sich auch der ehemalige Reichspostminister Giesberts und der frühere preußische Ministerpräsident Stegerwald befanden. Von ihrer Abreise hatte Hamm keine Kenntnis. Mit diesen beiden auch aus dem Zuge herausgeholten Herren wurde der Staatssekretär in einem ausrangierten Eisenbahnpostwagen vernommen. Als Grund der Verhaftung wurde angegeben, daß ein Einreiseverbot für Mitglieder der Regierung und Minister erlassen worden sei. Staatssekretär Hamm wies darauf hin, daß er weder Minister noch Regierungsmitglied sei; diese Erklärung wurde nicht anerkannt und sein Verlangen, daß er sich sofort an den General wenden dürfe abgeschlagen. Bei dieser Gelegenheit bemerkte man, daß für den Tag der Trauerfeier besondere strenge Befehle wegen der Einreisekontrolle erlassen worden waren. Auf der Liste der Personen, deren Einreise verhindert werden soll, stehen in erster Linie der Name des Reichskanzlers Dr. Cuno und des Staatssekretärs Hamm. Die drei Herren wurden dann noch in der Nacht im offenen Auto unter militärischer Bedeckung nach Kastrop gebracht, wo sie in einem schlecht geheizten Schulraum die Nacht verbringen mußten. Dienstag vormittag 10 Uhr wurden dann Stegerwald und Giesberts von dem Divisionsgeneral die Erlaubnis zur Abreise gegeben. Erst abends 8 Uhr traf eine Depesche des Generals Degoutte ein, daß Staatssekretär Hamm durch einen Offizier an die Grenze des besetzten Gebietes zu bringen und ihm unter Androhung schwerer Strafe das Wiederbetreten des besetzten Gebietes zu verbieten sei.

## „Sie morden den Geist nicht!"

Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung

**Berlin**, 11. April.

Die heutige Reichstagssitzung wurde um 3¼ Uhr mit einer Aussprache des Reichstagspräsidenten Löbe über die Lage im Ruhrgebiet eröffnet. Der Reichstagspräsident äußerte sich folgendermaßen:

„Seit wir auseinandergegangen sind, hat sich in der kurzen Osterpause im Einbruchsgebiet an der Ruhr eine Reihe neuer Angriffe gegen Abgeordnete des Reichstages ereignet. Die Quälereien und Bluttaten gegen die Bewohner des Ruhrgebietes sind ins Maßlose gestiegen. Der Herr Reichskanzler hat unserer Trauer und unserm Mitgefühl gestern an dieser Stelle in Worten Ausdruck gegeben, die im ganzen Volke Widerhall gefunden haben. Seitdem hat das französische Militär sich neue Gewaltakte zuschulden kommen lassen. Man hat sich nicht gescheut, Hand an

SLUB
Wir führen Wissen.